

Ergebnisse der Landtagswahl in Thüringen am 1. September 2024 – Wahlnachtbericht

Benjamin-Immanuel Hoff (Fassung 1.2.; Stand: 2. September 2024; 16:50 Uhr)

1. Zusammenfassung des Wahlergebnisses in Thüringen.....	1
1.1. Die AfD: Erstmals gesichert rechtsextreme Partei stärkste Kraft Thüringens	2
1.2. DIE LINKE: Historischer Verlust trotz starkem Bodo Ramelow.....	5
1.3. Neu im Thüringer Landtag: Bündnis Sahra Wagenknecht - BSW	9
1.4. CDU: Zurück in der Staatskanzlei, aber weit entfernt von alter Stärke	12
1.5. SPD: Erneut auf historischem Tiefpunkt.....	13
1.6. DIE GRÜNEN: Nach fünfzehn Jahren unverdient wieder draußen	15
1.7. FDP: Auch in Thüringen wieder außerparlamentarisch – die FDP.....	15
2. Politische Verhältnisse in Thüringen.....	16
2.1. Parteien und politische Mehrheitsfindung seit der Landtagswahl 2019.....	16
2.2. Krisenfall Thüringen oder Realitäten jenseits Bonner und Berliner Republik	18
2.3. Unvereinbarkeitsanachronismus und politische Realitäten.....	19
2.4. Vorläufiger Ausblick	22
Autor / Vorbehalt / Wahlnachtbericht	24

1. Zusammenfassung des Wahlergebnisses in Thüringen

Tabelle: Vorläufiges Endergebnis der Landtagswahl Thüringen 2024 (Zweitstimmen)

	Landtagswahl 2024			Landtagswahl 2019			Veränderung		
	Stimmen	in v. H.	Mandate	Stimmen	in v. H.	Mandate	Stimmen	in v. H.	Mandate
Wahlberechtigte	1.655.343			1.729.242					
Wähler_innen	1.218.190	73,6		1.121.814	64,9				
Gültige Stimmen	1.207.836			1.108.388					
LINKE	157.641	13,1	12	343.780	31,0	29	-186.139	-17,9	-17
CDU	285.141	23,6	23	241.049	21,7	21	17.092	1,9	2
AfD	396.704	32,8	32	259.382	23,4	22	137.322	9,4	10
SPD	73.088	6,1	6	90.987	8,2	8	-17.899	-2,1	-2
GRÜNE	38.289	3,2	-	57.474	5,2	5	-19.185	-2,0	-5
FDP	13.582	1,1	-	55.493	5,0	5	-41.911	-3,9	-5
BSW	190.448	15,8	15	-	-	-	190.448	15,8	15

Quelle: Landeswahlleiter / Eigene Darstellung.

Am Sonntag wurde in Thüringen und in Sachsen gewählt. Im Vergleich mit den vorherigen Landtagswahlen seit der Wiedervereinigung sind in beiden Bundesländern Spitzenwerte bei der Wahlbeteiligung zu verzeichnen. In Thüringen wird mit 73,6 Prozent die zweithöchste Landtagswahlbeteiligung seit der Landtagswahl von 1994 (74,8 Prozent) erreicht.

Die Forschungsgruppe Wahlen konstatiert, dass die Landtagswahl überlagert wurde „von höchster Unzufriedenheit sowohl mit der Bundes- als auch der Landesregierung, einer extremen Polarisierung und personeller sowie inhaltlicher Schwächen aller Parteien [...] Die Unzufriedenheit mit der Landesregierung ist auf Rekordniveau (minus 0,8), auch die Arbeit der Opposition wird kritisch bewertet. [...] Die Unzufriedenheit der Thüringerinnen, von denen 57 Prozent die Zukunftsvorbereitung ihres Landes als schlecht beurteilen, beschränkt sich nicht auf die Politik in ihrem Land. Die Bundesregierung wird mit minus 2,2 so negativ wie noch nie bei einer Landtagswahl bewertet.“

Erstmals in der Nachkriegsgeschichte ist mit der AfD eine als rechtsextremistisch eingestufte Partei bei einer Landtagswahl stärkste Kraft geworden. In Thüringen liegt sie nach den vorläufigen Ergebnissen auf Platz eins. Die vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechts-extremistisch eingestufte AfD von Spitzenkandidat Björn Höcke kommt nach dem vorläufigen Ergebnis auf 32,8 Prozent. Die CDU landet bei 23,6 Prozent (21,7). Aus dem Stand schafft das BSW 15,8 Prozent – und verweist DIE LINKE des weiterhin populären Ministerpräsidenten Bodo Ramelow auf den vierten Platz. Die Partei verliert knapp 18 Prozentpunkte. Nur wenige Male stürzten Parteien in vergleichbarer Weise ab. Starke Verluste verbuchen die Parteien der Berliner Ampel-Regierung: Die SPD verzeichnet mit 6,1 Prozent (8,2) ihr schlechtestes Ergebnis bei einer Landtagswahl seit Gründung der Bundesrepublik. Die GRÜNEN scheiden mit 3,2 Prozent (5,2) aus dem Parlament aus, ebenso die FDP mit 1,1 Prozent (5,0).

Die bisherige rot-rot-grüne Minderheitskoalition unter Regierungschef Ramelow, die seit 2019 auf eine Zusammenarbeit mit der CDU angewiesen war, kann mangels Masse nicht mehr weiterregieren.

Erneut mit den Worten der Forschungsgruppe Wahlen:

„Wie unklar die politische Lage ist, zeigt die Frage, wer die künftige Regierung führen soll: 33 Prozent nennen die CDU, 26 Prozent die AfD, 20 Prozent die Linke und 12 Prozent das BSW (weiß nicht: neun Prozent). Dass die CDU im Vorfeld der Wahl ein Bündnis mit der Linken ausgeschlossen hat, finden 67 Prozent aller Thüringer nicht richtig und selbst 68 Prozent der CDU-Anhänger. Dass sie ein Bündnis mit der AfD ausgeschlossen hat, erachten umgekehrt 54 Prozent als richtig und auch 88 Prozent der CDU-Anhänger, 43 Prozent der Befragten insgesamt erachten es als falsch. Erneut lehnen die Thüringer mehrheitlich (58 Prozent) eine Regierungsbeteiligung der AfD ab, 36 Prozent befürworten sie. Eine Beteiligung des BSW fänden nur 28 Prozent schlecht, 36 Prozent gut und 29 Prozent wäre das egal.“

Die AfD bleibt bei der neuen Regierungsbildung außen vor, denn die übrigen Parteien schließen eine Koalition aus. Trotzdem sieht Thüringens AfD-Chef Höcke den Regierungsauftrag bei seiner Partei. Er wolle mit den anderen Parteien über Koalitionen ins Gespräch kommen, auch wenn anzunehmen ist, dass keine Partei das Gesprächsangebot annehmen wird. Mit mehr als einem Drittel der Mandate verfügt die AfD über eine sogenannte Sperrminorität im Landtag: Entscheidungen und Wahlen, die eine Zweidrittelmehrheit erfordern, müssten ihre Zustimmung finden. So werden etwa die Verfassungsrichter:innen vom Parlament mit Zweidrittelmehrheit gewählt.

Die wahrscheinlichste Option für eine Koalition wäre ursprünglich ein nie dagewesenes Bündnis aus CDU, BSW und SPD gewesen, obwohl auch dieses Bündnis wenig Stabilitätsprognose gehabt hätte. Doch dieser Konstellation fehlt ein Sitz für die Mehrheit im Landtag. Ein solches Bündnis wäre damit auch auf DIE LINKE angewiesen, womit es freilich eine Allparteien-Front gegenüber der AfD geben würde.

Thüringens CDU-Chef Mario Voigt sieht in den Prognosen den Auftrag zur Regierungsbildung unter seiner Führung, wie er am Wahlabend sagte.

1.1. Die AfD: Erstmals gesichert rechtsextreme Partei stärkste Kraft Thüringens

Es ist ein Paukenschlag: Auf den Tag genau 85 Jahre nach dem Überfall Hitlerdeutschlands auf Polen, mit dem der 2. Weltkrieg seinen endgültigen Anfang nahm, wird in Thüringen die gesichert rechtsextreme AfD zur stärksten Partei im Landtag.

Die AfD legt gegenüber der Landtagswahl 2019 um 9,4 Prozentpunkte zu. Seit ihrem ersten Einzug in den Landtag 2014 verbesserte sie ihr Ergebnis von knapp zehn Prozent auf 23,4 Prozent und nunmehr einen Mandatsanteil von mehr als einem Drittel der Abgeordneten.

Ohne die AfD wird es künftig beispielsweise nicht mehr möglich sein, Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs zu wählen oder den Landtag aufzulösen. Anna-Mira Brandau und Juliana Talg formulieren im Beitrag [„Sperrminorität kommt vor dem Fall“](#) im Rahmen des Thüringen-Projekts des Verfassungsblogs:

„Ein Drittel der Stimmen reichen der AfD nicht für eine Alleinregierung. Mit mehr als einem Drittel der Sitze im Landtag erhalte sie dennoch eine neue Machtposition: eine Sperrminorität. Der Begriff beschreibt genau das, was die AfD dann tun kann: Bei Entscheidungen, die nur mit Zweidrittelmehrheit getroffen werden können, kann sie sich sperren – ohne sie geht dann nichts. In allen drei Bundesländern ist eine Zweidrittelmehrheit u. a. für Verfassungsänderungen, die Wahl von Verfassungsrichterinnen und -richtern und für die Auflösung des Landtags während einer laufenden Wahlperiode vorgesehen. [...] In Thüringen ist das Mehrheitserfordernis für die Wahl der Mitglieder wichtiger Gremien vorgesehen: für die Richter- und Staatsanwaltswahlausschüsse und für die parlamentarische Kontrollkommission, die für die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes zuständig ist.“

Zu befürchten steht, dass die AfD den Schutzmechanismus der Sperrminorität, die im demokratischen Rahmen dazu dient, Minderheiten vor dem Durchregieren der Mehrheit zu schützen, dazu missbraucht, die Mehrheitsparteien zu erpressen. Erfahrungen, u. a. bezogen auf den Richterwahlausschuss, gibt es bereits. Und sie wird ihren aus der Sperrminorität abgeleiteten Einfluss nutzen, um sowohl am Verfassungsgerichtshof als auch in der Richter:innenschaft bzw. den Staatsanwält:innen autoritär-populistische Parteigänger:innen in Position zu bringen.

Obwohl der Anteil derjenigen AfD-Wählenden, die aus Enttäuschung über andere Parteien für die Rechtsextremist:innen stimmten, mit 40 Prozent weiterhin vergleichsweise hoch bleibt, stimmt inzwischen die Mehrheit der AfD-Wähler:innenschaft aus Überzeugung für die Partei.

Während bei der Landtagswahl 2014 ein Anteil von 37 Prozent und fünf Jahre später 39 Prozent aus Überzeugung für die AfD votierte, nahm der Anteil derjenigen, die aus Enttäuschung über die anderen Parteien für die Rechtsextremist:innen stimmten, von 57 Prozent (2014) und 53 Prozent (2019) auf nunmehr 40 Prozent ab.

Gefragt von Infratest dimap nach Ansichten über die AfD, stimmten 2019 47 Prozent der Aussage zu, dass sie es gut finden, dass die AfD „den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen begrenzen will“. Fünf Jahre später stimmen 58 Prozent dieser Aussage zu.

Der Aussage, die AfD „kümmert sich mehr als andere Parteien um die Probleme vor Ort“ stimmten vor fünf Jahren knapp ein Viertel (23 Prozent) der Befragten zu. Bei der Landtagswahl 2024 erhöhte sich der Anteil der Zustimmenden auf ein Drittel (33 Prozent).

Tabelle: Ansichten über die AfD

Aussage	Alle Wählenden	AfD-Wählende
„Finde es gut, dass sie den Zuzug von Ausländern und Flüchtlingen stärker begrenzen will.“	58	97
„Spricht aus, was in anderen Parteien nicht gesagt werden darf.“	56	97
„Kümmert sich mehr als andere Parteien um die Probleme hier vor Ort.“	33	83
„Mit Björn Höcke als Ministerpräsident werden Demokratie und Rechtsstaat in Gefahr.“	54	6

Quelle: tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH / Eigene Darstellung.

Ob man fallweise mit der AfD zusammenarbeiten sollte, spielte in der politischen Debatte der vergangenen Wahlperiode eine große Rolle und auch im Landtagswahlkampf. Am 5. Februar 2020 wurde der FDP-Politiker Thomas L. Kemmerich mit den Stimmen von AfD, CDU und FDP zum Thüringer Ministerpräsidenten gewählt. Er nahm die Wahl an und trat aufgrund des großen öffentlichen Drucks nach knapp zwei Tagen zurück. CDU und FDP setzten gemeinsam mit der AfD eine Senkung der Grunderwerbssteuer durch. Der CDU-Spitzenkandidat Mario Voigt kritisierte die AfD zuletzt in der Debatte über eine Regierungserklärung im Frühjahr 2024 dafür, dass sie bei einer von der CDU angesetzten Abstimmung über Migrationspolitik nicht ausreichend viele Abgeordnete mobilisieren konnte. Die AfD habe sich, so Voigt, „in die Büsche geschlagen“.

Das BSW hatte im Landtagswahlkampf deutlich gemacht, fallweise auch Anträgen der AfD zuzustimmen. Mario Voigt wiederum ließ im Wahlkampf verlauten, dass er bei der Umsetzung von CDU-Programmpunkten auch mit der AfD abstimmen würde. Befragt von Infratest dimap, waren 52 Prozent der Wählenden der Ansicht, „die anderen Parteien sollten von Fall zu Fall entscheiden, mit der AfD zusammenzuarbeiten“.

Knapp neun von zehn AfD-Wählenden äußerten laut Infratest dimap, dass es ihnen „egal ist, dass die AfD als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht“. Bezogen auf Björn Höcke, der zwar das von ihm angestrebte Direktmandat in Greiz verfehlte, aber über die Landesliste in den Landtag einzieht, sind 16 Prozent der AfD-Wählenden der Auffassung, dass er ihnen zu nahe an rechtsextremen Positionen sei, doch sind drei Viertel der AfD-Wählenden (74 Prozent) mit seiner politischen Arbeit zufrieden.

Gefragt, welcher Partei am ehesten zugetraut werde, eine gute Asyl- und Flüchtlingspolitik zu betreiben, votierten 2019 jeweils 20 Prozent für AfD und CDU. Bei dieser Landtagswahl sprachen nur noch 18 Prozent die Kompetenz der CDU aber 29 Prozent der AfD zu.

Bezogen auf die Kompetenzwerte bei der Kriminalitäts- und Verbrechensbekämpfung, geht die Spreizung zwischen CDU und AfD noch weiter auseinander. Lag die CDU bei der Landtagswahl 2019 mit 29 Prozent zu 23 Prozent vor der AfD, liegt nunmehr die AfD mit 31 Prozent vor der CDU, die noch auf 23 Prozent kommt.

Damit sind auch die wahlentscheidenden Themen der AfD-Wählenden beschrieben: 36 Prozent beim Thema Zuwanderung und 35 Prozent beim Themenfeld Kriminalität/Innere Sicherheit. Die weiteren Themen Bildung (neun Prozent), soziale Sicherheit (acht Prozent) sowie wirtschaftliche Entwicklung (sechs Prozent) rangieren auf den nachrangigen Plätzen. Das Thema Ukraine und Russland nimmt – ganz anders als beim BSW – mit drei Prozent einen kaum messbaren Stellenwert ein.

Tabelle: Kompetenzen der AfD

Politikfeld	2024	Vgl. zu 2019

Kriminalitätsbekämpfung	31	+8
Asyl- und Flüchtlingspolitik	29	+9
Ostdeutsche Interessen	25	+9
Politik gegenüber Ukraine und Russland	19	-
Arbeitsplätze	18	+11
Soziale Gerechtigkeit	18	+6
Wirtschaft	18	+11

Quelle: tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH / Eigene Darstellung.

Laut Forschungsgruppe Wahlen ist die AfD „in allen sozialen Gruppen stark, dazu kommt ein massiver Gender-Gap: Bei Wählerinnen erreicht die AfD 28 Prozent, bei Wählern sind es 39 Prozent. Bei den unter 60-jährigen Männern erhält die AfD besonders viel Zuspruch (43 Prozent).“

Bezogen auf die Altersgruppen gelingt es der AfD bei den 18- bis 24-Jährigen überdurchschnittlich um 15 Prozentpunkte zuzulegen. Dort erreicht sie einen Stimmenanteil von 38 Prozent, gefolgt mit enormen Abstand von der LINKEN (16 Prozent) und der CDU (13 Prozent). Unterdurchschnittlich ist der Zuwachs der AfD in der Altersgruppe 35 bis 44 Jahre sowie bei den Wählenden 70+. Die AfD erhält überdurchschnittlich viele Stimmen von den Arbeiter:innen (49 Prozent) und schneidet bei den Rentner:innen mit 23 Prozent unterdurchschnittlich ab.

Ein knappes Drittel der von Infratest dimap Befragten (32 Prozent) ist der Meinung, dass die AfD die nächste Landesregierung führen sollte.

1.2. DIE LINKE: Historischer Verlust trotz starkem Bodo Ramelow

Errang DIE LINKE bei der Landtagswahl vor fünf Jahren einen historischen Sieg – bestes Stimmenergebnis seit 1990, sechsmalige Steigerung ihres Wahlergebnisses in Folge und stärkste Kraft im Land – erleidet sie nunmehr eine ebenso historische Niederlage.

DIE LINKE verliert knapp 186.000 Stimmen; das entspricht -17,9 Prozentpunkten. Sie fällt damit auf den zweitschlechtesten Stand seit 1990. Bei der ersten Landtagswahl erhielt sie 9,7 Prozent und bei der Landtagswahl 1994 bereits 16,6 Prozent.

Stärker verloren als die Thüringer Linkspartei hatten bislang nur:

- die CDU bei der Hamburger Bürgerschaftswahl 2011 (-20,7 Prozentpunkte) und
- die SPD bei der Bremer Bürgerschaftswahl 1991 (-18,1 Prozentpunkte).

Vergleichbare Niederlagen erlitten:

- die Berliner CDU 2001 mit einem Verlust von 17 Prozentpunkten,
- die SPD in Sachsen-Anhalt 2002 (-15,9 Prozentpunkte) sowie
- die SPD in Niedersachsen 2003 (-14,5 Prozentpunkte).

Bei den vergangenen Landtagswahlen konnte DIE LINKE stets auch eine relevante Zahl an Direktmandaten erringen. Insbesondere in den Städten Erfurt, Jena, Weimar, Gera und Suhl wurden Direktmandate errungen. Bei der Landtagswahl 2009 wurden 14 Wahlkreise direkt gewonnen, 2014 immerhin neun Wahlkreise und bei der Landtagswahl 2019 wiederum elf Wahlkreise. Bereits vor fünf Jahren wurde ein Wahlkreis in Gera von der AfD gewonnen.

Nunmehr gelingt es der Linkspartei noch vier Wahlkreise zu gewinnen, davon je einen in der Landeshauptstadt Erfurt und der Kulturhauptstadt Weimar sowie zwei in der Universitätsstadt Jena:

- Mit 42,4 Prozent gewinnt Bodo Ramelow – als einziger Spitzenkandidat einer Partei – seinen Wahlkreis (26, Erfurt III) souverän und mit einem Abstand von 26 Prozentpunkten zu den Zweitstimmen.
- Jens Thomas gewinnt den Wahlkreis 37 (Jena I) mit 33,5 Prozent und einer Differenz von 11,2 Prozentpunkten zwischen Erst- und Zweitstimme.
- Die Landesvorsitzende Ulrike Grosse-Röthig obsiegt im Wahlkreis 32 (Weimar II) mit 33,1 Prozent (13,7 Prozentpunkte zu den Zweitstimmen).
- Im Wahlkreis 38 (Jena II) siegt Lena Saniye Güngör mit 25,1 Prozent und einem Abstand von 5,4 Prozentpunkten zu den Zweitstimmen.

DIE LINKE setzte im Wahlkampf alles auf Bodo Ramelow, den linken Ministerpräsidenten und populärsten Politiker im Freistaat. Mit seiner Arbeit zufrieden waren 51 Prozent der von Infratest dimap befragten Wählenden. Weniger als halb so viel Zufriedenheit mit der politischen Arbeit erreichten Björn Höcke (AfD, 24 Prozent), Innenminister Georg Maier (SPD, 23 Prozent), Mario Voigt (CDU, 22 Prozent) sowie Katja Wolf (BSW, 17 Prozent).

Bodo Ramelow schaut auf eine inzwischen 20-jährige politische Karriere im Freistaat Thüringen zurück. In dieser Zeit entwickelten sich die Zufriedenheitswerte mit seiner politischen Arbeit von 32 Prozent (2004) zu 44 Prozent (2009) über 51 Prozent (2014) zum Spitzenwert von 68 Prozent bei der Landtagswahl 2019. In den vergangenen fünf Jahren sanken sie auf den Wert von 2014 ab: 51 Prozent. Dennoch ist eine knappe Mehrheit der von infratest dimap Befragten mit seiner politischen Arbeit zufrieden.

Ausweislich der Angaben von Infratest dimap erhebt das Institut in einer repräsentativen Umfrage vor der Wahl und durch Befragungen am Wahltag Einschätzungen zu Kandidierenden und Spitzenpolitiker:innen: „Dabei wird unter anderem der Anteil der Befragten ermittelt, die mit der Arbeit der genannten Politiker zufrieden sind. Hinter dem Begriff Kandidatenfaktor verbirgt sich der Anteil der Wähler einer Partei, die angeben, ihre Wahlentscheidung in erster Linie wegen des betreffenden Spitzenkandidaten so getroffen zu haben – und nicht vorrangig wegen des Parteiprogramms oder einer langfristigen Parteibindung.“

Die nachfolgende Darstellung zeigt, wie sich der Kandidatenfaktor von Bodo Ramelow und Björn Höcke, die jeweils 2019 und 2024 Spitzenkandidaten waren, entwickelte, als auch der Kandidatenfaktor von Mario Voigt im Verhältnis zum CDU-Spitzenkandidaten aus dem Jahr 2019, Mike Mohring.

Tabelle: Kandidatenfaktor 2024 und 2019 im Vergleich

Kandidat:in	2024	2019
Bodo Ramelow (DIE LINKE)	37	38
Björn Höcke (AfD)	16	13
Mario Voigt (CDU)	17	--
Mike Mohring (CDU)	--	29

Quelle: tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH / Eigene Darstellung.

Gefragt, wen die Wählenden am liebsten als Ministerpräsidenten hätten, wünschten sich nach Daten der Forschungsgruppe Wahlen 37 Prozent Bodo Ramelow. Auf den weiteren Plätzen folgen:

- Björn Höcke (21 Prozent),
- Mario Voigt (19 Prozent),
- Katja Wolf (11 Prozent).

Ein gleiches Bild ergab sich bei der Messung von Glaubwürdigkeit und Sachverstand ausgewählter Herausforderer:innen des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow.

Tabelle: Vergleich Bodo Ramelow, Björn Höcke, Mario Voigt, Katja Wolf

Kandidat:in	ist am glaubwürdigsten	hat den meisten Sachverstand
Bodo Ramelow (DIE LINKE)	34	33
Björn Höcke (AfD)	20	17
Mario Voigt (CDU)	11	11
Katja Wolf (BSW)	7	5

Quelle: zdf.de/nachrichten/thema/landtagswahl-thueringen-116.html / Eigene Darstellung.

Obwohl Bodo Ramelow ein Ausnahmepolitiker war und ist, gelang es weder ihm noch der Partei, die hohe Zufriedenheit mit seiner Person in Zustimmung zur Partei zu übersetzen. Daran änderte auch der auf ihn als Person zugeschnittene Wahlkampf und die Erinnerung nichts, dass, wer Bodo Ramelow möchte, auch DIE LINKE wählen müsse.

Auf Basis der gegenwärtig vorliegenden Daten lassen sich folgende fünf Annahmen formulieren:

- 1) Die Zufriedenheitswerte zwischen dem Ministerpräsidenten und der Partei wiesen eine erhebliche Differenz auf. Auf einer Skala von -5/+5 der Forschungsgruppe Wahlen bewerteten die Wählenden Bodo Ramelow mit +0,8, seine Partei hingegen mit -0,3. Während bei infratest dimap, wie gezeigt, 51 Prozent der Befragten mit der politischen Arbeit von Bodo Ramelow zufrieden und 43 Prozent unzufrieden waren, war nur ein Drittel (32 Prozent) der Befragten mit der Arbeit der Linkspartei in der Landesregierung zufrieden, zwei Drittel hingegen (63 Prozent) waren unzufrieden.
- 2) Die Linkspartei verliert in den politischen Kompetenzfeldern drastisch, und zwar jeweils in zweistelligen Prozentpunkten (s. u.). Diese Verluste in der Kompetenzzuschreibung sind nicht zu externalisieren, sondern können und müssen ausschließlich innerhalb der Partei und der künftigen Landtagsfraktion aufgearbeitet und überwunden werden.
- 3) Studien zur »strategischen Wahl« bzw. der »psychologischen Schranke« zeigen, dass Wählende in Mehrparteiensystemen dazu neigen, ihre Stimme nur dann einer Partei mit einem beliebten Spitzenkandidaten zu geben, wenn sie überzeugt sind, dass diese Partei tatsächlich eine Chance hat, entweder die Fünf-Prozent-Hürde zu überwinden oder eine bedeutende Rolle in der kommenden Regierung zu spielen.

Der Umstand, dass die rot-rot-grüne Minderheitsregierung weit davon entfernt war, erneut eine eigene Mehrheit zu erlangen, die CDU wiederum wiederholt ausgeschlossen hatte, mit der Linkspartei institutionell zusammenzuarbeiten und auch das BSW öffentlich wahrnehmbar vor allem auf ein Bündnis mit der CDU orientierte, ließ eine Stimmabgabe für DIE LINKE strategisch unplausibel erscheinen.

- 4) Hinzu kommt, dass mehr als ein Drittel der von Infratest dimap befragten Wählenden der Auffassung sind, DIE LINKE würde „in der deutschen Politik nicht mehr gebraucht“. Zwar vertraten nur drei Prozent derjenigen, die ihre Stimme bei dieser Landtagswahl der LINKEN gaben, diese Meinung, doch dürfte es bei fortgesetzter Krise und Niedergang der Linkspartei schwerfallen, diesem Eindruck der Wahlberechtigten entgegenzutreten.
- 5) Studien über die Personalisierung der Politik, Medienlogik und Wahlkampfführung, zeigen deutlich, dass die auf Persönlichkeiten zugeschnittenen Logiken des politischen Betriebs im Falle eines Wechsels stets mit spürbaren Einschnitten verbunden sind. Dass laut infratest dimap deutlich mehr als die Hälfte der LINKE-Wählenden (60 Prozent) angaben, ohne Bodo Ramelow nicht DIE LINKE zu wählen, zeigt die Tiefe des vor der Partei stehenden Einschnitts.

Denn die Landtagswahl 2024 stellt auch insoweit eine Zäsur für die Linkspartei dar. Bodo Ramelow wird zwar dem nächsten Landtag angehören, aber aller Voraussicht nach nicht mehr in der vordersten Linie stehen. DIE LINKE muss folglich frühzeitig die Entscheidung treffen, wer künftig das politische Gesicht der LINKEN in den absehbar schwierigen Verhältnissen Thüringens sein soll und wie es gelingt, langfristige und stabile Vertrauensarbeit zur Wiedererringung des sozialen Kapitals zu gewährleisten.

In der Kompetenz, die wichtigsten Aufgaben in Thüringen lösen zu können, verliert DIE LINKE im Vergleich zu 2019 um -17 Prozentpunkte und kommt auf gerade noch elf Prozent. Auch in den anderen Kompetenzfeldern verliert DIE LINKE zweistellig.

Tabelle: Kompetenzen der LINKEN

Politikfeld	2024	Vgl. zu 2019
Ostdeutsche Interessen	19	-21
Soziale Gerechtigkeit	17	-18
Bildungspolitik	12	-18
Wirtschaft	8	-9
Asyl- und Flüchtlingspolitik	8	-10
Arbeitsplätze	7	-10
Kriminalitätsbekämpfung	5	-12

Quelle: tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH / Eigene Darstellung.

Knapp die Hälfte der von infratest dimap Befragten (45 Prozent) ist der Überzeugung, dass sich DIE LINKE am stärksten um den sozialen Ausgleich bemüht. Von den LINKE-Wähler:innen sind 98 Prozent dieser Auffassung.

Mit 21 Prozent waren Kriminalität/Innere Sicherheit und die soziale Sicherheit die wahlentscheidenden Themen in Thüringen. Für die LINKE-Wählenden spielte die soziale Sicherheit mit 39 Prozent eine überdurchschnittliche Rolle, während Innere Sicherheit/Kriminalität mit zwölf Prozent eine unterdurchschnittliche Bedeutung für die Wähler:innen der LINKEN hatte.

Die Bildungspolitik wiederum nahm mit 19 Prozent bei den LINKE-Wähler:innen eine leicht überdurchschnittliche Bedeutung ein, während sie für 15 Prozent aller Wählenden wahlentscheidend war.

Die wahlentscheidenden Themen der LINKE-Wähler:innen auf einen Blick:

- Soziale Sicherheit (39 Prozent),
- Bildung (19 Prozent),
- wirtschaftliche Entwicklung (13 Prozent),
- Kriminalität/Innere Sicherheit (12 Prozent),
- Klimaschutz (6 Prozent).

Überdurchschnittlich erfährt DIE LINKE noch Zustimmung bei Jüngeren (18 bis 24 Jahre) und Älteren (70+); bei den Erstwählenden erreicht sie 17 Prozent. Unterdurchschnittlich schneidet sie in den Jahrgängen der Sandwich-Generationen ab, die mitten im Arbeitsleben stehen und sowohl Kinder als auch Eltern versorgen (35 bis 59 Jahre).

Teilt man die Wähler:innenschaft in zwei Gruppen über und unter 60 Jahre, liegt DIE LINKE bei den Älteren mit 16 Prozent über ihrem Schnitt, bei den Jüngeren mit elf Prozent darunter.

Überdurchschnittliche Zustimmung erfährt DIE LINKE bei Rentner:innen, allerdings sind auch hier die Verluste überdurchschnittlich. Unter denen, die sich als Arbeiter:innen, Angestellte und Selbstständige sehen, liegen die Verluste leicht unter dem Gesamtverlust (-18 Prozentpunkte). Bei den Bildungsabschlüssen gibt es einen leichten Vorsprung bei Wähler:innen mit höherer Bildung (16 Prozent) gegenüber denen mit einfacheren Abschlüssen (zwölf Prozent).

DIE LINKE wird weit überdurchschnittlich von Menschen gewählt, die erst weniger als zehn Jahre in Thüringen leben (21 Prozent). Unter denen, die 20 Jahre und länger im Freistaat wohnen, ist die Zustimmung leicht unter dem Gesamtergebnis (zwölf Prozent).

In den größeren Städten erreicht DIE LINKE mehr Zustimmung (18 Prozent), hier vor allem bei jüngeren Frauen (23 Prozent). Unter älteren Männern auf dem Land ist die Zustimmung zur LINKEN leicht unterdurchschnittlich (elf Prozent).

1.3. Neu im Thüringer Landtag: Bündnis Sahra Wagenknecht – BSW

Das BSW zieht ebenso wie in Sachsen auch in den Thüringer Landtag ein. Die erst Anfang dieses Jahres gegründete Partei erreicht in Thüringen aus dem Stand mehr als 15 Prozent und wird zur drittstärksten Partei.

Das BSW ist neben der AfD die zweite Thüringer »Denkzettel«- und Protestwähler:innen-Partei. Gewählt wird das Bündnis zu 52 Prozent aus Enttäuschung über andere Parteien (infratest dimap).

Die höchsten Stimmenanteile erreicht die Partei mit 19 Prozent bei den Rentner:innen, also in den Altersgruppen der 60- bis 69-Jährigen sowie der Wählenden 70+. In beiden Altersgruppen wiederum bricht DIE LINKE am stärksten ein und verliert nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen mehr als ein Viertel ihrer vormaligen Wählenden.

Insgesamt geht der Erfolg des BSW, das nach Aussage der Thüringer Spitzenkandidatin Katja Wolf angetreten war, die AfD zu schwächen, ausschließlich zu Lasten der Partei DIE LINKE. Vorläufigen Wähler:innenwanderungsprognosen von infratest dimap zufolge wanderten 85.000 Wähler:innen von der LINKEN zum BSW. Dies ist der mit weitem Abstand größte Block der hinzugewonnenen Wähler:innen und übersteigt die Summe der von anderen Parteien und aus dem Spektrum der Nichtwähler:innen stammenden Wählenden um 20.000.

Nur ein knappes Viertel derjenigen, die am Wahlsonntag für das BSW stimmten (26 Prozent), hätten, wenn das BSW nicht zur Wahl gestanden hätte, die AfD gewählt (s. u). Angesichts dessen bleibt festzuhalten, dass die ursprünglich argumentierte Intention, mit dem

BSW würde die AfD geschwächt und deren Wähler:innen eine Wahlalternative ermöglicht, nicht umgesetzt wurde.

Tabelle: Vorläufige Wähler:innenwanderung zum BSW

DIE LINKE	-84.000
CDU	-18.000
Nichtwähler:innen	-13.000
SPD	-12.000
AfD	-11.000
FDP	-6.000
GRÜNE	-4.000

Quelle: tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH / Eigene Darstellung.

Gefragt nach den Kompetenzen des BSW in politischen Handlungsfeldern, sehen die von infratest dimap befragten Wähler:innen zu je 16 Prozent Kompetenzen bei der sozialen Gerechtigkeit, den ostdeutschen Interessen sowie der Politik gegenüber Ukraine und Russland. Weitere Kompetenzfelder sind die Bildungspolitik (zwölf Prozent), die Asyl- und Flüchtlingspolitik (elf Prozent) sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen (acht Prozent). In der Bekämpfung der Kriminalität schreiben sechs Prozent der Befragten dem BSW Kompetenzen zu.

Zehn Prozent der von infratest dimap Befragten sehen beim BSW die Kompetenz, die wichtigsten Aufgaben in Thüringen lösen zu können.

Wahlentscheidende Themen der BSW-Wähler:innen waren infratest dimap zufolge zu einem knappen Viertel (23 Prozent) die soziale Sicherheit, gefolgt vom Themenfeld Kriminalität/Innere Sicherheit (21 Prozent), dem Ukraine-Russland-Krieg (17 Prozent) sowie zu je 16 Prozent die Zuwanderung und Bildungspolitik.

Tabelle: Ansichten über das BSW

Aussage	Alle Wählenden	BSW-Wählende
„Finde es gut, dass es sich gleichzeitig für mehr Soziales und weniger Zuwanderung einsetzt.“	68	92
„Finde es gut, dass es sich gegen weitere Waffenlieferungen für die Ukraine einsetzt.“	60	83
„Ist noch nicht reif, politische Verantwortung zu übernehmen.“	48	21
„Finde es gut, dass es für ein besseres Verhältnis zu Russland eintritt.“	51	k.A.
„Ohne Sahra Wagenknecht würde ich nicht BSW wählen.“	--	60
„Wenn es das BSW nicht gäbe, würde ich derzeit AfD wählen.“	--	26

Quelle: Quelle: tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH / Eigene Darstellung.

Infratest dimap befragte die BSW-Wählenden sowohl zu ihren Ansichten über Staat und Gesellschaft als auch zu ihren Ansichten über Ostdeutschland. Wenn 52 Prozent der BSW-Wählenden der Aussage zustimmen „Wir leben gar nicht in einer richtigen Demokratie“, sollten nicht voreilige Schlüsse gezogen werden. Wir wissen u. a. aus den Erhebungen des Thüringen-Monitors, der jährlich im Auftrag der Landesregierung erhoben wird, dass obwohl die Demokratie als Staatsform stets hohe Zustimmungswerte erfährt, die Demokratiezufriedenheit erheblich abweicht und deutlich darunterliegt. Im Thüringen-Monitor 2017 hieß es dazu:

„Während sich die Demokratiezufriedenheit auf eine positive Bewertung der Ergebnisse politischen Handelns beziehen lässt, bezieht sich Demokratiekritik auf Defekte des politischen Betriebs und die dort wahrgenommene Abgehobenheit und Selbstbezüglichkeit der Eliten. Beides schließt sich nicht aus, doch steht eine ‚Schönwetterdemokratie‘, die beständig durch den Erfolg ihrer Eliten bestätigt werden muss, auf unsicherem Grund.“

Es wäre angesichts dessen eine nur bedingt plausible Aussage, die o. a. BSW-Wählenden unisono als vermeintliche Demokratieverachtende zu betrachten.

Das BSW kandidierte bei dieser Landtagswahl nur in wenigen Wahlkreisen. Katja Wolf kam im Wahlkreis 6 (Wartburgkreis II), zu dem insbesondere Eisenach gehört, auf ein beachtliches Ergebnis von 28,2 Prozent der Erststimmen. Das BSW erhielt dort 14,3 Prozent der Zweitstimmen. Im Wahlkreis 38 (Jena II) erreichte die Kandidatin Patrizia Hertlein 12,8 Prozent der Erststimmen; die Partei 15,1 Prozent der Zweitstimmen.

Mit der politischen Arbeit von Katja Wolf sind gemäß infratest dimap 17 Prozent der Befragten zufrieden. Mit der Arbeit von Sahra Wagenknecht, deren Gesicht die Landtagswahlkampagne der Partei dominierte, die jedoch weder zur Wahl in Thüringen stand noch nach eigener Aussage ein politisches Amt im Freistaat anstrebt, sind 46 Prozent der Befragten zufrieden.

Ohne das BSW wird eine Regierungsbildung in Thüringen nach realistischem Ermessen unmöglich sein. Gefragt, ob das BSW an der nächsten Landesregierung beteiligt sein sollte, befindet die Hälfte der von infratest dimap befragten Wählenden eine Regierungsbeteiligung des BSW als nicht gut (50 Prozent), immerhin 44 Prozent befürworten eine Regierungsbeteiligung. Und 16 Prozent sind laut infratest dimap der Meinung, dass das BSW die nächste Landesregierung anführen solle.

Werden ehemalige LINKE-Wählende gefragt, wie sie eine BSW-Regierungsbeteiligung finden, sprechen sich zwei Drittel (67 Prozent) dafür aus, während 30 Prozent dies nicht gut finden. Befinden 48 Prozent aller Wähler:innen das BSW noch nicht reif genug, politische Verantwortung zu übernehmen, sind nur 21 Prozent der BSW-Wählenden dieser Auffassung.

Ob das BSW einer solchen Aufgabe gewachsen sein wird, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mit Sicherheit gesagt werden. Die Partei umfasst derzeit weniger als einhundert Mitglieder und verfügt über keine regionale organisatorische Verankerung.

Auf den ersten 15 Listenplätzen, die nunmehr in den Landtag einziehen, stehen Personen mit sehr unterschiedlichen politischen Erfahrungen. Spitzenkandidatin Katja Wolf gehörte dem Landtag zwischen 1999 und 2012 als Abgeordnete der PDS bzw. DIE LINKE an und war anschließend bis zu diesem Sommer Oberbürgermeisterin der Stadt Eisenach. Sigrid Hupach, Listenplatz 4, verfügt über Erfahrungen als Bundestagsabgeordnete der LINKEN von 2013 bis 2017. Ihr folgt Dr. Frank Augsten nach, vormaliger Landesvorsitzender der GRÜNEN und ehemaliger grüner Landtagsabgeordneter von 2009 bis 2014. Auf Platz 14 steht ein weiterer früherer grüner Landtagsabgeordneter: Roberto Kobelt gehörte der grünen Fraktion in der ersten rot-rot-grünen Regierungsperiode von 2014 bis 2019 an. Zur selben Zeit im Landtag, aber für die LINKE-Fraktion, war Tilo Kummer (Listenplatz 8), der später als linker Bürgermeister in Hildburghausen gewählt wurde und vorzeitig aufgrund Abwahl aus dem Amt scheidend musste. Anke Wirsing (Listenplatz 12) arbeitete ursprünglich als Mitarbeiterin in den Wahlkreisbüros von linken Landtagsabgeordneten und ist im Wartburgkreis seit Jahren kommunalpolitisch verankert. Der Soziologe Stefan Wogawa arbeitete ursprünglich in der Linksfraktion und wechselte nach dem Regierungseintritt 2014 in das Sozialministerium. Die Fraktion verfügt also, anders als andere neugegründete Parteien, durchaus über parlamentarische Erfahrungen. Ob diese Erfahrungen ausreichen, über die Dauer einer gesamten Wahlperiode in Regierungsverantwortung eine bislang fehlende gemeinsame politische Praxis auszugleichen, wird sich zeigen. Nach der Kreistagswahl im Landkreis Gotha halbierte sich die Zahl der ursprünglich vier gewählten BSW-Mitglieder noch vor der Konstituierung des Kreistages. Zwei Kreistagsabgeordnete des BSW wechselten zur WerteUnion.

1.4. CDU: Zurück in der Staatskanzlei, aber weit entfernt von alter Stärke

Die Thüringer CDU stellte von 1990 bis 2014 den Ministerpräsidenten bzw. die Ministerpräsidentin des Freistaates. Anders als in Sachsen konnte die hiesige CDU nie eine vergleichbare Dominanz entfalten. Dennoch bestimmte sie ein knappes Vierteljahrhundert die Thüringer Landespolitik. Kam sie in den Wahlen 1990 und 1994 auf 45,4 bzw. 42,6 Prozent, erreichte sie bei der dritten Landtagswahl 1999 mit 51,0 Prozent die absolute Mehrheit, die sie auch 2004 mit 43 Prozent verteidigen konnte. Doch bei der Landtagswahl 2009 sackte sie auf 31,2 Prozent ab und koalierte erneut mit der SPD, nachdem die Sondierungen zwischen LINKE, SPD und GRÜNEN erfolglos blieben.

Obwohl die Partei bei der Wahl 2014 leicht auf 33,5 Prozent zulegen konnte, trat der christdemokratische Worst Case ein, denn sie musste dennoch die Staatskanzlei an DIE LINKE und Bodo Ramelow übergeben. Bei der vergangenen Landtagswahl sank die CDU auf den historischen Tiefstwert von 21,7 Prozent ab.

Bei dieser Landtagswahl erholte sich die CDU nunmehr um 1,9 Prozentpunkte leicht auf 23,6 Prozent. Damit liegt sie immer noch 7,6 Prozentpunkte unter dem seinerzeitigen Tiefstwert aus 2009.

Der über viele Jahre notorisch zerstrittenen CDU gelang es unter der Führung von Mario Voigt ein stärker geschlossenes Bild abzugeben. Der langjährige Fraktions- und Parteivorsitzende Mike Mohring wurde dazu erst kaltgestellt und später abserviert. Selbstverschuldete Fehler und Skandale erleichterten es seinen Gegenspieler:innen.

In der vergangenen Wahlperiode der rot-rot-grünen Minderheitskoalition, nach dem 5. Februar 2020 (Kemmerich-Wahl), der Corona-Pandemie und Energiekrise sowie Zuwanderung in Folge des Ukraine-Kriegs, bemühte sich Mario Voigt darum, die auf den dritten Platz zurückgefallene Union durch Skylla (DIE LINKE mit dem populären Ministerpräsidenten Bodo Ramelow) und Charybdis (AfD) zu navigieren. Der dabei eingeschlagene Kurs zwischen dem Stabilitätspakt I und II mit der r2g-Minderheitskoalition und den mit AfD-Stimmen verabschiedeten Gesetzen bzw. Positionen wirkte erratisch.

Tabelle: Vergleich Bodo Ramelow, Björn Höcke, Mario Voigt, Katja Wolf

Kandidat:in	ist am glaubwürdigsten	hat den meisten Sachverstand
Bodo Ramelow (DIE LINKE)	34	33
Björn Höcke (AfD)	20	17
Mario Voigt (CDU)	11	11
Katja Wolf (BSW)	7	5

Quelle: [zdf.de/nachrichten/thema/landtagswahl-thueringen-116.html](https://www.zdf.de/nachrichten/thema/landtagswahl-thueringen-116.html) / Eigene Darstellung.

Ausweislich der Daten der Forschungsgruppe Wahlen waren nur jeweils elf Prozent der Befragten der Auffassung, dass der wohl künftige Ministerpräsident Thüringens, Mario Voigt, im Vergleich zu Bodo Ramelow, Björn Höcke und Katja Wolf am glaubwürdigsten sei bzw. über den meisten Sachverstand verfüge.

In der Kompetenz, die wichtigsten Aufgaben in Thüringen lösen zu können, verliert die CDU einen Prozentpunkt im Vergleich zu 2019. Sie liegt mit 24 Prozent nur aufgrund der erheblichen Kompetenzverluste der LINKEN auf dem Spitzenplatz, gefolgt von der AfD, die um zehn Prozentpunkte auf 21 Prozent zulegt. Wenn auch auf niedrigerem Niveau als DIE LINKE, verliert auch die CDU in allen abgefragten Kompetenzfeldern im Verhältnis zur Landtagswahl 2019.

Tabelle: Kompetenzen der CDU

Politikfeld	2024	Vgl. zu 2019
Wirtschaft	32	-5
Arbeitsplätze	29	-4
Kriminalitätsbekämpfung	23	-6
Bildungspolitik	19	-2
Asyl- und Flüchtlingspolitik	18	-2
Politik gegenüber Ukraine und Russland	16	--

Quelle: tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH / Eigene Darstellung.

Dass die CDU diejenige Partei ist, die am stärksten die Wirtschaft voranbringt, glauben nach Daten von infratest dimap gegenwärtig noch 32 Prozent der Befragten. Dies sind 30 Prozentpunkte weniger als 1999, 21 Prozentpunkte weniger als 2004 und zehn Prozentpunkte weniger im Verhältnis zu 2009. Im Verhältnis zu 2019 sank die der CDU zugesprochene Wirtschaftskompetenz von 37 Prozent um fünf Prozentpunkte auf den heutigen Tiefststand ab.

Mehr als die Hälfte (55 Prozent) der CDU-Wählenden wählten laut infratest dimap die „CDU nur, damit die AfD nicht zu viel Einfluss bekommt“. Gleichwohl waren laut infratest dimap 39 Prozent der Befragten der Meinung, die CDU solle die nächste Landesregierung anführen.

Der Weg zur künftigen Regierungsbildung wird erneut sehr schwierig sein und welchen Anteil die fatale Entscheidung von Mario Voigt hat, die AfD und DIE LINKE zu zwei identischen Polen der politischen Extreme von rechts und links zu erklären, um auf diese Weise den populären Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zu dämonisieren, führe ich an anderer Stelle aus.

1.5. SPD: Erneut auf historischem Tiefpunkt

Die SPD erlebt auch bei dieser Landtagswahl eine tragische Niederlage und sinkt erneut auf einen Tiefstwert ab. Tiefer kann sie um ihrer parlamentarischen Existenz willen nicht mehr fallen.

Bei der ersten Landtagswahl 1990 lag die SPD mit 22,8 Prozent zwar weit abgeschlagen hinter der CDU, aber deutlich vor PDS, FDP und GRÜNEN, die zusammen auf 25,5 Prozent kamen. Bei der Wahl 1994 konnte sie sich auf 29,6 Prozent steigern und hätte im Drei-Parteien-Parlament mit der PDS eine rechnerische Mehrheit bilden können. Nach fünf Jahren Großer Koalition rutschte sie 1999 um 11,1 Prozentpunkte auf 18,5 Prozent ab. Im Zuge der Hartz-IV-Proteste 2004 unterschritt sie diesen Wert noch einmal und kam auf 14,5 Prozent, bevor sie sich bei der Landtagswahl 2009 wieder auf 18,5 Prozent berappelte und erneut ein Bündnis mit der CDU einging. Vor zehn Jahren erreichte die SPD einen Tiefstwert von 12,4 Prozent, den sie 2019 mit 8,2 Prozent unterschritt.

Die Partei, die in Thüringen seit 2009 zuerst mit der CDU und seit 2014 mit LINKEN und GRÜNEN regierte, muss bei dieser Landtagswahl auch für die unbeliebte Ampelregierung Verantwortung übernehmen. Knapp drei Viertel der Thüringer Wählenden (73 Prozent) sind nach infratest dimap der Meinung, „Olaf Scholz wird seiner Führungsverantwortung als Kanzler nicht gerecht“. Nur etwas mehr als ein Viertel (28 Prozent) ist hingegen der Meinung, dass die Partei „in der Bundesregierung erfolgreich sozialdemokratische Positionen durchgesetzt“ habe. Weniger als ein Fünftel (19 Prozent) meint, dass Olaf Scholz ein guter Bundeskanzler sei.

Naturgemäß differieren die Ansichten der SPD-Wählenden über die eigene Partei von denen aller sonstigen befragten Wahlberechtigten. Mehr als drei Viertel (78 Prozent) der SPD-Wählenden sind der Meinung, dass sich die SPD am stärksten um sozialen Ausgleich bemühe. Dies sieht nur ein knappes Viertel aller anderen Befragten (27 Prozent) so.

Während 71 Prozent der SPD-Wähler:innen der Auffassung sind, dass die SPD in der Bundesregierung erfolgreich sozialdemokratische Positionen durchgesetzt habe und mehr als die Hälfte der SPD-Wählenden (59 Prozent) Olaf Scholz für einen guten Bundeskanzler halten, sind immerhin 43 Prozent der SPD-Befragten der Auffassung, dass der Kanzler seiner Führungsverantwortung nicht gerecht werde.

Mit seiner Arbeit sind 60 Prozent der SPD-Wählenden zufrieden und 59 Prozent meinen, er sei ein guter Bundeskanzler.

Mit Ausnahme des Zuwachses um einen Prozentpunkt bei der Kriminalitätsbekämpfung verliert die SPD wie LINKE und CDU in allen Kompetenzfeldern, wenn auch auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Im Hinblick auf das Kompetenzfeld „Soziale Gerechtigkeit“ liegt die SPD mit 13 Prozent um 20 Prozentpunkte niedriger im Verhältnis zu 1999 und um 17 Prozentpunkte niedriger als noch bei der Landtagswahl 2014 (30 Prozent). Bereits 2019 halbierte sich der Kompetenzwert auf 15 Prozent.

Tabelle: Kompetenzen der SPD

Politikfeld	2024	Vgl. zu 2019
Soziale Gerechtigkeit	13	-2
Bildungspolitik	13	-2
Arbeitsplätze	10	-5
Kriminalitätsbekämpfung	10	+1
Wirtschaft	9	-4
Asyl- und Flüchtlingspolitik	9	-1

Quelle: tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH / Eigene Darstellung.

Die Diskussion um das Bürgergeld wurde zuletzt vehement geführt. Zwei Drittel der von infratest dimap befragten Thüringer:innen (64 Prozent) meint, die SPD würde „sich mehr um Bürgergeldempfänger als um Leute, die hart arbeiten und wenig Geld verdienen“ kümmern. Von denen, die SPD wählten, ist ein knappes Drittel (31 Prozent) dieser Auffassung.

Wahlentscheidende Themen aus Sicht der SPD-Wählenden waren zu je 25 Prozent die wirtschaftliche Entwicklung sowie die soziale Sicherheit, gefolgt von Bildung (17 Prozent), Kriminalität/Innere Sicherheit (15 Prozent) und Zuwanderung mit neun Prozent.

In Gotha gelingt es der SPD nicht mehr, den Direktwahlkreis zu erobern. Der langjährig direkt gewählte Abgeordnete SPD-Fraktionschef unterliegt dem AfD-Herausforderer mit gerade einmal 26 Stimmen.

1.6. DIE GRÜNEN: Nach fünfzehn Jahren unverdient wieder draußen

In Sachsen verfügen die GRÜNEN, trotz der Konkurrenz zur LINKEN, in den Großstädten Leipzig und Dresden über ein stabiles Milieu, das hinreichend groß für die Ermöglichung des Wiedereinzugs in den Landtag ist. Diese Bedingungen bietet das ländliche Thüringen mit seinen kleinen Großstädten, den vielen Klein-, Kleinst- und wenigen Mittelstädten nicht. Weder in Erfurt noch in Jena oder Weimar gelang es den GRÜNEN bislang, ein Direktmandat zu erringen oder ein so starkes Milieu-Wurzelgeflecht zu bilden, dass es auch in schwierigen Zeiten für das Überleben im Landtag reicht.

Bereits im Januar dieses Jahres formulierte Bernd Ulrich in der ZEIT, dass das »Grünen-Bashing« zum politischen Volkssport geworden sei und sich am Umgang mit der Partei der Verfall bundesdeutscher politischer Kultur zeige. Was darunter zu verstehen ist, zeigte sich am Wahlabend in der sogenannten Elefantenrunde der Bundesgeschäftsführer:innen der politischen Parteien. CSU-Generalsekretär Martin Huber formulierte an einem Abend, als vor allem das starke Abschneiden der AfD im Mittelpunkt der Analyse stehen sollte, dass es geradezu grotesk sei, dass die GRÜNEN die Schuld für ihr Abschneiden der auch gegen die GRÜNEN gerichteten Wahlkampfführung der Union zuschreiben würde. „Schuld an der schlechten Stimmung sind die GRÜNEN durch ihre schlechte Politik“, sagte Huber laut dpa und er warf den GRÜNEN „übergriffige Klimaschutzpolitik“ vor. Robert Habeck sei der schlechteste Wirtschaftsminister, den Deutschland je hatte und ein „Sargnagel“ für die Industrie.

Die Thüringer CDU plakatierte im Landtagswahlkampf „Ampel stoppen“, obwohl die Ampel überhaupt nicht zur Wahl stand bzw. „Grillen muss erlaubt sein“. Im Sommer 2023 erklärte er, dass die GRÜNEN und die AfD beide Angstparteien seien. Der Ampel-Regierung im Bund unterstellte er im vergangenen Jahr im Streit um das sogenannte Heizungsgesetz wahrheitswidrig eine „Energie-Stasi“ einzuführen.

Darüber hinaus gelang es den GRÜNEN unter den sowieso schwierigen Bedingungen der Minderheitskoalition nicht, in dem für die Partei bedeutsamen Themenfeld der Migrations- und Integrationspolitik, für das sie im Migrations- und Justizministerium Verantwortung trugen, die bestehenden Herausforderungen zu bewältigen und Erfolge vorzuweisen. Im Gegenteil mussten sie zum Jahresende 2023 einen Kompetenzwechsel wesentlicher Themen der Migrationspolitik vom grünen Justizministerium in das SPD-Innenministerium verlegen.

1.7. Auch in Thüringen wieder außerparlamentarisch – die FDP

Die FDP verliert in Thüringen erneut nach nur einer Wahlperiode die parlamentarische Repräsentanz. Dreißig Jahre nachdem die Liberalen erstmals aus dem Landtag gewählt wurden, sind sie erneut außerparlamentarisch. Ob die parlamentarische Abstinenz zehn oder fünfzehn Jahre dauert und ob die Partei in Thüringen überhaupt wieder in den Landtag einzieht, wird sich zeigen.

Unter Thomas L. Kemmerich schlug die Thüringer FDP eine national-liberale Richtung ein, auch wenn die drei verbliebenen Abgeordneten der Gruppe, anders als Kemmerich, entsprechende Positionierungen vermieden und eine solide Sacharbeit machten. Kemmerich, der durch seine Entscheidung, am 5. Februar 2020 die Wahl als Ministerpräsident von AfD, CDU und FDP anzunehmen, ein politisches Beben auslöste, verklärt diesen Schritt inzwischen zu einer von Angela Merkel und anderen Berliner Bundespolitiker:innen verhinderten Chance für Thüringen. Die Landespartei trat auf wie ein Ein-Mann-Unternehmen.

Wie eine Rückkehr der Thüringer FDP als liberale Partei aussehen könnte, ist unklarer denn je.

2. Politische Verhältnisse in Thüringen.

2.1. Parteien und politische Mehrheitsfindung seit der Landtagswahl 2019

Bei der Landtagswahl 2019 verlor die rot-rot-grüne Koalition ihre bis dahin bestehende Einstimmen-Mehrheit, mit der sie seit 2014 regierte. Seither bestanden im Thüringer Landtag drei Minderheiten:

- Zum einen die Minderheitskoalition aus DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Diese Konstellation verfügte über 42 der 99 Landtagsmandate und war deshalb für die Mehrheitsbildung auf vier zusätzliche Stimmen angewiesen.
- Die demokratische Minderheitsopposition bestehend aus der CDU-Fraktion (21 Sitze) und der durch den Austritt einer Abgeordneten von einer Fraktion zur parlamentarischen Gruppe geschrumpften FDP (4 Sitze).
- Die extrem rechte Minderheitsopposition der AfD vereinigte nach dem Austritt dreier Abgeordneter noch 19 Mandate auf sich. Die Partei, die ursprünglich stärkste Oppositionskraft war, wurde so zur drittstärksten Fraktion im Landtag hinter der Linksfraktion und der Fraktion der CDU.

Der Versuch der vier fraktionslosen Abgeordneten aus vormals FDP und AfD, sich als parlamentarische Gruppe der Kleinstpartei „Bürger für Thüringen“ (BfTH) zu etablieren, scheiterte bereits nach weniger als sechs Monaten. Nachdem im Juli 2022 der Gruppen-Status durch Beschluss des Landtages anerkannt wurde, brach die Gruppe bereits im Dezember 2022 auseinander. Die Partei BfTH entstand aus dem im März 2020 gegründeten gleichnamigen Verein, der sich in der Regierungskrise um die Wahl von Thomas L. Kemmerich zum Ministerpräsidenten für den Verbleib von Kemmerich im Amt einsetzte. Während der Corona-Krise unterstützte die Partei die impfskeptischen Proteste und war Teil der diversen sogenannten Querdenker:innen-Szene. Auch diese Partei zerrieb sich in inneren Querelen. In der Regel unterstützten die fraktionslosen Abgeordneten Anträge und Initiativen der Mitte-Rechts-Fraktionen. Anders als in der vorhergehenden Wahlperiode bestehen zwischen rot-rot-grün und den fraktionslosen Abgeordneten wenig bis keine Anknüpfungspunkte im Einzelfall.

Nachdem am 5. Februar 2020 der FDP-Politiker Thomas L. Kemmerich mit den Stimmen der CDU und der FDP sowie der AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, kurze Zeit später aufgrund massiver Proteste über diesen Coup und die Unterstützung durch die rechtsextreme AfD vom Amt zurücktrat, wurde am 4. März 2020 der rot-rot-grüne Kandidat Bodo Ramelow erneut in das Amt des Ministerpräsidenten gewählt. Im entscheidenden dritten Wahlgang enthielt sich die Fraktion der CDU. Die FDP-Fraktion nahm an der Abstimmung nicht teil und enthielt sich auf diese Weise ebenfalls.

Die rot-rot-grüne Koalition hatte sich vorher mit der CDU auf einen zeitlich bis zur Einleitung von Neuwahlen befristeten „Stabilitätsmechanismus“ verständigt. Dieser Mechanismus, der faktisch eine Tolerierung der Koalition durch die CDU beinhaltete, wurde Corona-bedingt einmalig verlängert, nachdem die für April 2021 vorgesehene Landtagsneuwahl nicht durchgeführt werden konnte.

Obwohl sich CDU und Rot-Rot-Grün mit dem Stabilitätsmechanismus auch auf vorgezogene Neuwahlen verständigt hatten, kam die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit zur Auflösung des Landtages nicht zustande. Die Gründe dafür sind vielfältig:

- 1) Für die Auflösung des Landtags ist, wie bereits dargelegt wurde, eine Zweidrittelmehrheit erforderlich. Diese Zweidrittelmehrheit setzte eine Verständigung mindestens der r2g-Parteien mit der CDU voraus, im besten Falle zusätzlich mit der FDP.
- 2) Insbesondere innerhalb der r2g-Fraktionen bestand Übereinstimmung, sich auf keinen Fall von den Stimmen der AfD abhängig machen zu wollen bei der Auflösung des

Landtags. Mit Blick auf den 5. Februar 2020 war dies zwar politisch nachvollziehbar, führte aber dazu, dass die Abhängigkeiten wuchsen.

- 3) Die FDP, die ursprünglich die sofortige Landtagsauflösung selbst gefordert hatte, verweigerte sich letztlich dem Auflösungsbeschluss, womit es auf alle Abgeordneten von Koalition und CDU-Opposition ankam.
- 4) Nachdem vier Abgeordnete der CDU erklärten, der Landtagsauflösung nicht zuzustimmen, zogen auch zwei LINKE-MdL ihre Zustimmungserklärung zurück.
- 5) Da man auch unter diesen Bedingungen nicht bereit war, in einer offenen Abstimmung die Zustimmung der AfD in Kauf zu nehmen, deren Einfluss alle anderen Akteur:innen politisch einschränken wollten, wurde die Auflösung nicht mehr auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Wahlperiode sollte und wurde infolge dessen bis zu ihrem regulären Ende 2024 fortgeführt. Dies könnte als abenteuerliches Vabanque-Spiel gewertet werden oder als rationaler Umgang mit dem Umstand, dass es eine Sicherheit für politisches Handeln derzeit in Thüringen nicht gibt.

Die CDU-Fraktion, die den Stabilitätspakt mit der Minderheitskoalition aufgekündigt und eine Neuauflage dieses Instruments kategorisch ausgeschlossen hatte, trat im Ergebnis der Bundestagswahl 2021 auch im Bund den Gang in die Opposition an. Die Zahl ihrer Bundestagsmandate halbierte sich, während ihre inneren Widersprüche dadurch nicht kleiner, sondern eher größer wurden.

Die in Thüringen oppositionelle FDP stellte wiederum mit SPD und GRÜNEN seit der Bundestagswahl die Ampel-Regierung im Bund, koalitiert dort also mit zwei der drei die rot-rot-grüne Minderheitsregierung stellenden Parteien. Kemmerich machte dabei stets deutlich, dass er keinerlei Loyalität gegenüber der Ampel im Bund empfindet und wetterte, wie CDU und AfD und gemeinsam mit diesen, gegen die Ampel.

DIE LINKE wiederum, seinerzeit mit Abstand stärkste Partei des gegenwärtigen Thüringer Landtages, wurde bei der Bundestagswahl halbiert. Während sie in Thüringen den Ministerpräsidenten stellte, gelang es ihr auf Bundesebene nicht einmal die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen. Dass sie weiterhin in Fraktionsstärke im Bundestag vertreten war, verdankte sie – bis zur Spaltung der Fraktion in Folge der Gründung des BSW – drei gewonnenen Direktmandaten und der Grundmandatsklausel, nach der in diesem Falle alle für die Partei abgegebenen Zweitstimmen gewertet werden.

Im Windschatten der günstigen bundespolitischen Stimmungslage wurde die Thüringer SPD, die bei der Landtagswahl 2019 ihr schlechtestes Wahlergebnis erzielte, kurzzeitig in einigen Umfragen stark nach vorn gezogen, während die GRÜNEN wie eh und je keine Gewissheit hatten, bei der kommenden Landtagswahl erneut im Thüringer Landesparlament vertreten zu sein.

Kurzum: Der politische Grund, auf dem sich die rot-rot-grüne Koalition und die demokratische Opposition bewegten, war in ständiger Bewegung. Dies blieb nicht ohne Wirkung auf die handelnden Akteur:innen in einem naturgemäß nicht einfachen Spannungsverhältnis zwischen den institutionellen Eigeninteressen von Regierungsapparat, Koalitionsfraktionen und den die Koalition stellenden Parteien.

Blickt man über die gesamte Wahlperiode, lassen sich mehrere Etappen unterscheiden, in denen sich die Zustimmung zur Partei DIE LINKE entwickelte:

- 1) Nach der Landtagswahl 2019 und dem 5. Februar 2020 stieg die Zustimmung zur Ramelow-LINKEN auf bis zu 40 Prozent. Bodo Ramelow und die Partei wurden als Garanten der demokratischen Stabilität angesehen.

- 2) In der unmittelbar sich anschließenden Corona-Krise blieb die Zustimmung das erste Pandemiejahr weiterhin hoch. Die Partei erreichte Umfragewerte von 30 Prozent und darüber.
- 3) Im Frühjahr 2021 ließ der »Rally 'round the flag«-Effekt spürbar nach; Corona ist nicht mehr die Stunde der Exekutive, sondern eine Quelle wachsender Zweifel und Ablehnung der Regierenden. Die schwierigen Mehrheitsbildungen in Thüringen tragen nun vermehrt zum Rückgang in den Umfragewerten bei.
- 4) Bis zum Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine kann DIE LINKE in Thüringen aber ihre Rolle als führende Partei zunächst behaupten. Ein kurzer Einbruch nach der Bundestagswahl 2021 zeigte aber schon an, dass der Einfluss der Krise der Bundespartei zunimmt und die AfD in Umfragen vorbeizieht.
- 5) Nach dem Kriegsbeginn und unter dem Eindruck der Energiepreiskrise fällt die Linkspartei in Richtung 20 Prozent zurück. Nachdem die BSW-Akteur:innen ihre Vereinsgründung offen vorantreiben, sinkt der Anteil auf unter 20 Prozent.

2.2. Krisenfall Thüringen oder Realitäten jenseits Bonner und Berliner Republik

In der allgemeinen Wahrnehmung setzte sich seit 2019 die Vorstellung eines ständigen Thüringer Krisenfalls, einer notorischen politischen Instabilitätssituation durch. So beschrieb Iris Mayer in der Süddeutschen Zeitung am 28. Dezember 2023 Thüringen als das Land, [„wo es verlässlicher politische Instabilität gibt als Mehrheiten im Parlament“](#). Eine ebenso verbreitete wie falsche Annahme. Dies ist einerseits nicht von der Hand zu weisen und andererseits basiert die Annahme auf einer Normalitätsvorstellung des politischen Betriebs, die von den ursprünglichen Konstellationen der Bonner oder Berliner Republik geprägt sind.

Zum wiederholten Male ist deshalb an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow zum Thüringen-Monitor zu erinnern, die er am 12. Dezember 2019 hielt. Er wies seinerzeit ebenso normativ wie optimistisch darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Thüringen bei der Landtagswahl am 27. Oktober 2019 Geschichte schrieben:

„Sie, die Bürgerinnen und Bürger, haben die Thüringer Parteien mit dem Wahlergebnis vor die Aufgabe gestellt, gewohnte Pfade zu verlassen und neue Wege zu gehen. Einige sehen in diesem Wahlergebnis eine Repräsentationskrise unseres Parteiensystems. Das Gegenteil ist der Fall. [...] Umfragen haben gezeigt, dass sich eine Mehrheit der Bevölkerung, nicht nur in unserem Freistaat, eine Landesregierung für Thüringen bestehend aus der LINKEN und der CDU vorstellen kann. Dies zeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes beim Anspruch an uns Politikerinnen und Politiker, weniger auf politische Milieus Wert legen, sondern vielmehr auf die Fähigkeit Probleme zu lösen.“

Und er führte weiterhin aus:

„Eine Minderheitsregierung kann sicherlich anstrengend werden. Sie wird viel mehr Kommunikation erfordern. Sie wird uns Geduld abverlangen. Aber sie kann genau deshalb auch sehr lohnend sein. Weil mehr geredet wird. Weil geduldig lagerübergreifend nach dem besten Weg gesucht werden muss. Die Notwendigkeit im Parlament Mehrheiten zu suchen, bietet die Chance, besser zuzuhören, Kompromisse zu schließen und den Blick auf Ungewohntes zu richten. In unserem Freistaat ist Opposition künftig mit Gestaltungskompetenz verbunden. Auf Augenhöhe mit der Regierungskoalition. Das ist Chance und Pflicht zugleich.“

Der Ministerpräsident und alle Beteiligten konnten seinerzeit nur erahnen, wie anstrengend eine Minderheitsregierung tatsächlich ist. Wie viel Geduld es erfordert, Mehrheiten im Parlament zu suchen, einander zuzuhören und Kompromisse zu schließen. Welche Lernerfahrungen dafür notwendig waren.

Trotz intensiver Gespräche der drei Regierungsparteien mit der CDU und der FDP gelang es bis zum 5. Februar 2020 nicht, eine Form der stabilen und verlässlichen demokratischen Interaktion zu vereinbaren.

Weder die CDU noch die FDP waren bereit, der Minderheitskoalition einen Modus zuzusagen, in dem die staatsleitenden Handlungen (Haushaltsgesetze u. a.) zustande kommen. Dass ein solcher Modus kein Wunschdenken ist, zeigt ein Blick nach Schweden, das lange Erfahrungen mit Minderheitsregierungen gesammelt hat. Dort ist es in der parlamentarischen Praxis üblich, dass diejenigen Parteien, denen es nicht gelungen ist, eine relative Mehrheit durch ein Minderheitsbündnis zu schmieden, in der Opposition für ihre eigenen Anträge stimmen, sich aber bei den Anträgen der anderen Oppositionsparteien enthalten. So ist gewährleistet, dass die Parteien, denen es gelungen ist, eine relative Parlamentsmehrheit zu konstituieren, die Regierung zu bilden, auch tatsächlich regieren können. Nötig wären dazu politisch tragfähige Vereinbarungen zwischen demokratischen Parteien, basierend auf der Erkenntnis, dass ein instabileres Parteiensystem einerseits mit einem gegenwärtig zwischen einem Fünftel bis einem Drittel umfassenden Block rechtsextremistischer Abgeordneter andererseits neues Denken und Handeln erfordert.

Diese Erkenntnis gab es am 5. Februar 2020 nicht. Vielmehr stimmten die Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD im dritten Wahlgang geschlossen für den FDP-Politiker Thomas L. Kemmerich als Ministerpräsidenten, der damit mehr Stimmen erhielt als Bodo Ramelow, und lösten bekanntlich ein politisches Erdbeben aus.

Weder staats- oder verfassungspolitisches Verantwortungsbewusstsein, allein politisches Kalkül waren bestimmend für diese staatspolitische Krise Thüringens, in der erstmals seit der Wiedergründung 1990 ein Ministerpräsident mit den Stimmen von Rechtsextremist:innen gewählt wurde.

Dass es sich lohnt, dass man in Thüringen parteiübergreifend zu guten Lösungen kommen kann, zeigte sich über die Dauer der gesamten Wahlperiode. Nach intensiven Verhandlungen ist es gelungen, eine Verständigung über die Änderung des Schulgesetzes zu erreichen. Der Verfassungsausschuss machte den Weg frei für wichtige Änderungen der Verfassung – mit der Einfügung des Konnexitätsprinzips für den eigenen Wirkungskreis oder mit der Stärkung des Ehrenamtes, um nur zwei Beispiele zu nennen. Selbst bei der Windenergie, die zu den umstrittensten Themen der vergangenen Jahre in diesem Landtag gehörte, einigten sich CDU und Koalition auf eine finanzielle Beteiligung der Kommunen an der Windenergie.

Der Kompromiss zur Windenergie zeigt auch, dass parteiübergreifende Prozesse demokratischer Entscheidungsfindung keine Gleichmacherei sind. Die Parteien in diesem Landtag sind vielfältig, sie repräsentieren unterschiedliche Milieus und differierende Gesellschaftsmodelle.

Auch wenn die AfD es stets bestritt, die demokratischen Parteien sind in ihrer Unterschiedlichkeit erkennbar. Das ist auch richtig so, denn die Bürger:innen sollen und müssen auch künftig die Wahl haben, sich zwischen links, rechts und der Mitte zu entscheiden.

2.3. Unvereinbarkeitsanachronismus und politische Realitäten

Sieht man einmal davon ab, dass die Schnittmenge zwischen den rot-rot-grünen Parteien in der vergangenen Wahlperiode am größten war und dem Bündnis mit 42 von 90 Abgeordneten nur vier Stimmen zur Mehrheit fehlten, während CDU und FDP zusammen auf gerade einmal 25 Mandate kamen, bestand seit der Landtagswahl 2019 auch die alternative Möglichkeit einer Koalition aus zwei Parteien, die gemeinsam auf 50 der 90 Mandate gekommen wären: Ein Bündnis aus 29 Abgeordneten der LINKEN mit den 21 Landtagsmitgliedern der CDU.

„Das ist ja nun wirklich weit hergeholt“ lautet gemeinhin die Antwort auf diesen Hinweis. Wie sollten denn DIE LINKE und die CDU jemals in einem Bündnis gemeinsam zusammenarbeiten? Ein ebenso berechtigter wie wohlfeiler Hinweis. Denn angesichts der u. a. im Thürin-

gen-Projekt des Verfassungsblogs diskutierten Normänderungen dürfte die Erwartung nicht unberechtigt sein, dass sowohl im Konrad-Adenauer-Haus als auch im Karl-Liebknecht-Haus parteipolitische Dogmen zurückstehen, wenn es darum geht, „die Demokratie wetterfest zu machen“ (Iris Mayer a. a. O.).

Im Herder-Verlag erschien vor wenigen Tagen „Wie der Osten Deutschland rettet“. Gegen die Krisenerzählungen entwirft Mario Czaja, bis Juli 2023 Generalsekretär der CDU, vormaliger Gesundheits- und Sozialsenator in Berlin und Ostberliner Politiker, ein Bild Ostdeutschlands als Region, das Labor für Innovation und Fortschritt sein könnte.

Anzunehmen ist, dass gerade in der Endphase der ostdeutschen Wahlkämpfe in Sachsen, Thüringen und Brandenburg das Kapitel „Abschied von der Hufeisentheorie“ bei den Strategen im Konrad-Adenauer-Haus, aber auch Wahlkämpfern wie Mario Voigt, freundlich ausgedrückt, keine Begeisterung hervorrufen dürften. Czaja führt aus:

„[...] Ich habe Thüringen als Beispiel gewählt, da sich dort die Fehlerhaftigkeit der Anwendung dieser Theorie am praktischsten veranschaulichen lässt. Auf der einen Seite ein erfahrener Gewerkschaftsfunktionär, Mitglied der Linkspartei, Gesprächspartner der Bundesregierung. Auf der anderen Seite ein nachweisbar Rechtsextremer, überwacht vom Verfassungsschutz, den mal offiziell als ‚Faschisten‘ bezeichnen darf.

Unterstellt man beiden Parteien den gleichen Extremismus, dann kommt es nicht nur offensichtlich zur fehlerhaften Einordnung der Linken. Dadurch entsteht ein weiteres Problem. Es kommt auch zu einer Verharmlosung einer tatsächlich extremistischen Partei. Besonders in Bezug auf Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit sehe ich dies als erhebliches Problem.“

Anhand eigener Erlebnisse und unter Bezug auf wissenschaftliche Analysen unterbreitet Czaja im Weiteren seine Annahme, dass die spezifischen Bedingungen des Übergangs von der DDR-Diktatur zur Demokratie und der Neu- bzw. Wiedergründung unter dem SED-Regime nicht geduldeter Parteien wie SDP/SPD und Neuem Forum/Grünen die frühere PDS und heutige LINKE als ostdeutsche Regionalpartei etablierte. Unter anderen Bedingungen wäre sie heute nicht nur ihrer überwiegenden politischen Praxis in den ostdeutschen Ländern und Kommunen, sondern auch dem Namen nach Sozialdemokratie.

In der Tageszeitung DIE WELT vom 4. Januar 2024 fasste Nikolaus Doll zutreffend zusammen:

„[...] die CDU unterliegt nicht nur dem selbst verordneten Kooperationsverbot mit der AfD, sondern – anders als SPD und Grüne – auch einem entsprechenden Verbot Richtung Linkspartei. Das heißt: In Ländern, in denen die AfD nach den Landtagswahlen deutlich vorne liegt, bleiben den Christdemokraten nur wenig Koalitionsmöglichkeiten.“

Die auf dem sogenannten Hufeisentheorem basierende Überzeugung gleichartiger extremistischer Ränder ist die Basis der verschiedenen Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die von der CDU seit den 1980er Jahren nach links sowohl gegenüber den GRÜNEN und später dann der PDS bzw. Linkspartei und nach rechts zunächst gegenüber NPD, DVU und gegenwärtig der AfD gefasst wurden.

Lebensweltlich führten und führen diese Unvereinbarkeitsbeschlüsse die Christdemokraten in eine Vielzahl von Widersprüchen und letztlich in unmögliche Situationen, wie insbesondere anhand der schwarz-grünen Annäherungen und aktuell an den widersprüchlichen Aussagen zum Umgang mit dem BSW nachgewiesen werden kann.

Am 10. Juni 2024 äußerte sich der CDU-Parteivorsitzende Friedrich Merz im ARD-Brennpunkt auf die Frage, ob er bereit sei, über eine Zusammenarbeit oder Koalition mit dem BSW nachzudenken, um AfD-Ministerpräsidenten im Osten zu verhindern: „Das ist völlig klar, das haben wir auch immer gesagt. Wir arbeiten mit solchen rechtsextremen und links-extremen Parteien nicht zusammen.“ Er fügte im Hinblick auf Sahra Wagenknecht an: „Sie ist in einigen Themen rechtsextrem, in anderen wiederum linksextrem.“

Diese apodiktische Aussage, die offenbar innerhalb der Parteispitze der Union nicht abgestimmt war, brachte nicht nur seinen Parteifreund Mario Voigt, sondern auch den sächsischen Ministerpräsidenten in die Bredouille. Denn ohne die Westentaschenreserve BSW wäre er erneut zurückgeworfen auf seine illusorische Vision einer „Deutschlandkoalition“ oder ein irgendwie geartetes Minderheitsbündnis. Deshalb relativierte Voigt die Aussagen seines Parteivorsitzenden zügig, indem er darauf hinwies, dass dessen Aussage nur für die Bundesebene gelte, während er zugleich das Thüringer BSW umgarnte und behauptete, er würde von diesem „mehr Vernünftiges als von LINKEN und GRÜNEN, insbesondere in der Migrations- und Bildungspolitik, hören“. Diese Haltung ist inzwischen Common Sense in der Union.

Wie ich in einer [umfassenderen Betrachtung](#) zum Thema an anderer Stelle ausführte, sind die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Union gemeinhin Instrumente innerparteilicher Sammlung. In ihrer Wirkung unterliegen sie kühlem Machtpragmatismus.

Gefragt, ob die CDU nach der Landtagswahl mit der LINKEN zusammenarbeiten sollte, um eine Regierung bilden zu können, antworteten 47 Prozent der von infratest dimap Befragten mit Ja, 44 Prozent verneinten dies. Der hohe Anteil der ablehnenden Stimmen ist wiederum dem prozentual hohen Anteil der AfD-Wählenden zuzuschreiben, von denen 82 Prozent eine Zusammenarbeit von CDU und Linkspartei aus nachvollziehbaren Gründen ablehnen.

Betrachtet man wiederum die Zustimmung und Ablehnung der Parteien jenseits der AfD, ergibt sich ein anderes Bild.

Tabelle: Zusammenarbeit der CDU mit der LINKEN, um eine Regierung bilden zu können?

Parteiangehörige:innen	Ja	Nein
LINKE-Wählende	93	7
SPD-Wählende	83	17
CDU-Wählende	55	39
BSW-Wählende	53	38
AfD-Wählende	10	82
Alle	47	44

Quelle: tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH / Eigene Darstellung.

Bereits bei der Landtagswahl 2019 musste die Thüringer CDU zur Kenntnis nehmen, dass in den Augen der Thüringer:innen die Ablehnung jeder Zusammenarbeit der CDU mit der Linkspartei nicht auf fruchtbaren Boden fiel:

- 1) Mehr als zwei Drittel (69 Prozent) der von infratest dimap befragten Thüringer:innen waren seinerzeit der Auffassung, dass die CDU mit der LINKEN nicht nur zusammenarbeiten, sondern sogar ihre bisherige Weigerung, eine Koalition mit der LINKEN einzugehen, überdenken sollte.
- 2) Laut Forschungsgruppe Wahlen fanden es 59 Prozent der Befragten nicht richtig, dass die CDU eine Koalition mit der LINKEN ausgeschlossen hatte, während 33 Prozent dies befürworteten.

2.4. Vorläufiger Ausblick

Nachdem der CDU-Herausforderer Mario Voigt ursprünglich eine von vornherein illusorische Deutschland-Koalition aus CDU, SPD und FDP angestrebt hatte, gab es durch den Eintritt des Game-Changers BSW Hoffnungen, es würde für eine Koalition aus CDU, BSW und SPD rechnerisch reichen. Selbst für diesen Fall wäre aufgrund der Einzigartigkeit dieses Bündnisses und der damit verbundenen Unwägbarkeiten die Stabilität im Falle einer Einstimmigen-Mehrheit deutlich geringer gewesen als bei dem vergleichsweise homogenen Bündnis aus LINKE, SPD und GRÜNEN in der 6. Wahlperiode von 2014 bis 2019.

Das bestehende Patt der Sitze im Landtag – 44 für die mögliche Dreierkoalition auf der einen und 44 Sitze für die mögliche Opposition von AfD und LINKEN auf der anderen Seite – machte auch diese Überlegung hinfällig.

Eine mögliche Minderheitsregierung sieht die Thüringer BSW-Chefin Katja Wolf allerdings skeptisch. Eine solche sei in der aktuellen Situation „keine gute Option“, sagte sie der Deutschen Presse-Agentur in Erfurt. Sie habe eine große Einigkeit auch bei den anderen Parteien vernommen, „dass eine Minderheitsregierung, so wie wir sie in den letzten fünf Jahren erlebt haben, so keine politische Zukunft haben darf in Thüringen“. Man müsse daher schnell in Gespräche kommen „und muss ausloten, was irgendwie möglich ist“.

In den nunmehr zu führenden Gesprächen sind deshalb unterschiedliche Optionen auszuloten. Hierzu können nach erster cursorischer Betrachtung gehören:

- 1) Eine formelle Koalition aus den drei Parteien CDU, BSW und DIE LINKE. Eine solche Koalition würde nicht nur ein Novum darstellen, sondern wäre inhaltlich und in ihren Abläufen vollkommen neu zu denken. An anderer Stelle argumentierte ich, dass ein solches Bündnis ggf. keinen klassischen inhaltlichen Koalitionsvertrag vereinbart, sondern wesentliche grundsätzliche Projekte sowie die maßgebenden Prinzipien der Zusammenarbeit. Im Übrigen würden die notwendigen politischen Entscheidungen fallweise zu treffen sein.
- 2) Sofern ein solches Modell sich als nicht umsetzbar erweist, wäre über eine formelle Tolerierung einer Minderheitsregierung zu sprechen. Diese Minderheitsregierung würde dem Modell „Stabilitätspakt“ der vergangenen Wahlperiode entsprechen und dem Modus der formellen Tolerierung der zunächst rot-grünen und späteren SPD-Minderheitsregierung in Sachsen-Anhalt von 1994 bis 2002 entsprechen.
- 3) In den skandinavischen Ländern Dänemark, Norwegen und Schweden bestehen langjährige Erfahrungen mit Minderheitsregierungen, die weniger Ausnahme als vielmehr den Regelfall darstellen. Trotz eines auf Parteienwettbewerb ausgerichteten politischen Systems und spürbaren Unterschieden in den politischen Lagern gilt eine pragmatische und konsensorientierte politische Kultur als wesentlicher Stabilisator der Tätigkeit von Minderheitsregierungen. Diese Orientierung am Konsens, die sich unter anderem in normativ abgesicherten, aber auch ungeschriebenen Verfahren abbildet, wird freilich von rechtspopulistischen Parteien, die auch in diesen Ländern relevanten Einfluss gewonnen haben, infrage gestellt.

Wesentlicher Unterschied zwischen Deutschland und den skandinavischen Ländern besteht im sogenannten positiven bzw. negativen Parlamentarismus. Ein parlamentarisches Abstimmungsmuster, in dem – insbesondere beim Haushaltsgesetz – die Oppositionsparteien bzw. einzelne ihrer Abgeordnete jeweils für ihre eigenen Fraktionsanträge bei Enthaltung zu anderen Anträgen stimmen, ist weniger undenkbar als man glaubt. Gleichwohl dürfte dies nicht ad-hoc umsetzbar sein. Dafür braucht es möglicherweise Zeit und eine entsprechende politische Praxis.

- 4) Um die dafür notwendige Zeit zu schaffen, könnte es denkbar sein, dass aufgrund des Unvereinbarkeitsbeschlusses der CDU zur LINKEN eine »technische Regierung« resp. »Expert:innenregierung« gebildet wird, die sich auf die drei Parteien CDU, BSW

und DIE LINKE stützen kann. Diese Art von Regierung wird gemeinhin dann gebildet, wenn es schwierig ist, eine stabile politische Mehrheit zu finden. Beispiele dafür sind:

a) Italien (2011 bis 2013)

Mario Monti wurde im November 2011 nach dem Rücktritt von Silvio Berlusconi als Ministerpräsident Italiens eingesetzt. Seine Regierung bestand größtenteils aus Expert:innen und amtierte bis April 2013.

b) Griechenland (2011 bis 2012)

Lucas Papademos wurde im November 2011 zum Ministerpräsidenten Griechenlands ernannt. Seine Regierung regierte bis Mai 2012.

c) Belgien (2010 bis 2011)

Yves Leterme führte von April 2010 bis Dezember 2011 eine Übergangsregierung, nachdem die Koalitionsverhandlungen nach den Parlamentswahlen in einem Patt endeten. Diese Regierung amtierte 589 Tage.

Hierfür wäre grundsätzlich die geschäftsführende Landesregierung denkbar, deren Amtszeit theoretisch für die Laufzeit der Wahlperiode nicht begrenzt ist, oder eine zu bildende technische Regierung, womit die Wahl einer Ministerpräsidentin oder eines Ministerpräsidenten nach Art. 73 ThürVerf notwendig ist.

Es wurde eingangs bewusst deutlich gemacht, dass es sich hierbei um Überlegungen nach erster cursorischer Betrachtung der Ausgangslage handelt, die abgewogen und erörtert werden müssen.

Autor / Vorbehalt / Wahlnachtbericht

Autor

Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und seit 2014 Chef der Thüringer Staatskanzlei. Er gibt in dieser Analyse ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 1. auf den 2. September 2024 und beruht auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Erkenntnissen, basierend auf den öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten, insbesondere infratest dimap sowie Forschungsgruppe Wahlen sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen.

Bei der Übertragung der Daten können Fehler entstanden sein, ebenso wie die dort entnommenen Daten Mängel aufweisen können, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt wurden. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« erschienen erstmals zur Europawahl 2004 jeweils zu Landtags-, Bundestags- und Europawahlen. Das in dieser Form inzwischen eingestellte Projekt wurde ursprünglich von Benjamin-Immanuel Hoff initiiert und gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt.

Später wurde es in wechselnder Autor:innenschaft unter Federführung von Horst Kahrs als Teil der nationalen und internationalen Wahlberichterstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt. Darin erschienen zuweilen auch ein »Wahlvorbericht« und »Wahlnachlesen«.

Die Wahlanalysen und weitere Forschungsarbeiten von Horst Kahrs sind im Blog „Knistern im Unterholz“ unter www.horstkahrs.de abrufbar.

* * *